

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches Departement  
für Verteidigung, Bevölkerungsschutz  
und Sport VBS  
Herr Bundesrat Ueli Maurer  
3003 Bern

Frauenfeld, 25. März 2014

## **Entwurf für die Revision des Bundesgesetzes über die Informationssysteme des Bundes im Bereich Sport (IBSG)**

### **Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zum Entwurf für die Revision des Bundesgesetzes über die Informationssysteme des Bundes im Bereich Sport (IBSG; SR 415.1) Stellung nehmen zu können. Aus unserer Sicht sind folgende Bemerkungen anzubringen:

#### **I. Allgemeine Bemerkungen**

Mit dem Gesetzesentwurf sind wir grundsätzlich einverstanden. Es ist richtig, dass die neu zu installierenden Informationssysteme eine gesetzliche Grundlage erhalten. Der Entwurf geht aber über das Erforderliche hinaus. Es wurden Bestimmungen eingebaut, die sehr problematisch sind.

#### **II. Bemerkungen zu einzelnen Artikeln**

##### **Art. 11:**

Wir haben bereits in der Vernehmlassung zum Entwurf des derzeit geltenden Gesetzes darauf hingewiesen, dass eine zunehmende Tendenz zu beachten ist, eine formell-gesetzliche Grundlage für die Verwendung der dafür nicht bestimmten neuen AHV-Nummer in anderen Bereichen zu schaffen. Diese Tendenz weitet sich aus, wie der vor-

liegende Entwurf zeigt. Der Verweis in Art. 11 auf Art. 9 lit. a-d und g IBSG hat zur Folge, dass neu auch die AHV-Versichertennummer an Dritte weitergegeben werden kann. Dies birgt ein datenschutzrechtliches Gefahrenpotential und verletzt den Grundsatz der Verhältnismässigkeit. Es ist nicht einzusehen, weshalb Dritte in die Lage versetzt werden sollen, aus den erhaltenen besonders schützenswerten Personendaten durch Verwendung der neu erhaltenen AHV-Versichertennummer weitere Verknüpfungen herstellen zu können. Es ist weder nötig noch erforderlich, dass Dritte über die Schweizer Sportler und Sportlerinnen umfassende Persönlichkeitsprofile erstellen. Die Weitergabe der AHV-Versichertennummer hat somit zu unterbleiben.

Im Übrigen ist auch nicht ersichtlich, weshalb die AHV-Versichertennummer unserer Sportler und Sportlerinnen in das Fürstentum Liechtenstein und somit ausserhalb unserer Landesgrenzen und unseres Regelungseinflusses geliefert werden soll. Die Weitergabe der AHV-Versichertennummer ins Ausland verletzt denn auch die Bestimmung von Art. 50d Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG; SR 831.10), mit welcher die systematische Verwendung der AHV-Versichertennummer sehr einschränkend geregelt wurde. Es ist in Erinnerung zu rufen, dass die Verwendung der Versichertennummer als administrative Personenidentifikationsnummer ganz klar die Mindestanforderungen in Bezug auf den Datenschutz einhalten muss. Zudem ist die rechtswidrige, systematische Verwendung der Versichertennummer gemäss Art. 88 AHVG strafrechtlich verfolgbar.

#### **Art. 25 und 27:**

Gemäss Artikel 43 Absatz 3 der Verordnung des VBS vom 25. Mai 2012 über Sportförderungsprogramme und -projekte (VSpoföP; SR 415.011) kann "das Bundesamt für Sport (BASPO) J+S-Expertinnen und -Experten beauftragen, J+S-Angebote und Angebote der Kaderbildung einer Qualitätskontrolle vor Ort zu unterziehen", d.h. eine Kursevaluation durchzuführen. Es sollte nun eine gesetzliche Grundlage dafür geschaffen werden, dass das BASPO den Kantonen die Durchführung von Qualitätskontrollen vor Ort übertragen kann und sie dafür entschädigt. Dies ist in der Revision des IBSG in den Artikel 25 und 27 wie folgt zu realisieren:

Vorschlag zu Art. 25: "Das Informationssystem zur Kursevaluation dient dem BASPO und den für die Durchführung der Kurse und Lehrveranstaltungen mitverantwortlichen Dritten zur Evaluation von Kursen und Lehrveranstaltungen, die:

- a. vom BASPO oder vom BASPO beauftragten Dritten durchgeführt werden;
- b. von Dritten durchgeführt werden und mit Beiträgen des Bundes unterstützt werden."

Vorschlag zu Art. 27: "<sup>1</sup>Das BASPO beschafft die Daten bei (...)

<sup>2</sup>Das BASPO kann die für die Belange des Sports zuständigen Behörden der Kantone und nationale Sport- und Jugendverbände, die nach dem Spofög am

*Vollzug von «Jugend und Sport» mitverantwortlich sind, ermächtigen, Daten zu beschaffen."*

**Art. 32 lit. b:**

Da der Aufenthaltsort nicht mit dem Wohnort übereinstimmen muss, ist die Regelung dahingehend zu verstehen, dass der jeweilige Standort der Sportler registriert werden darf. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb es aufgrund der gewählten Formulierung erlaubt sein soll, bei Sportlern und Sportlerinnen Bewegungsprofile herzustellen. Auf die neu vorgesehene Regelung, wonach bei Sportlern und Sportlerinnen der Aufenthaltsort erfasst werden darf, ist somit vollumfänglich zu verzichten.

**Art. 33:**

In Art. 33 Abs. 1 lit. a-h IBSG wird klar geregelt, bei welchen Personen die Daten beschafft werden dürfen. Dies ist datenschutzrechtlich zu begrüssen. Die Folgebestimmung von Art. 33 Abs. 1 lit. i, wonach die Daten auch bei „sonstigen Auskunftspersonen“ beschafft werden können, stellt indessen die ganze oben genannte Regelung in Frage. Es darf nicht sein, dass der Kreis der Informanten zuerst klar umschrieben wird, um diesen mit der letzten Regelung dann gleich umfassend zu ändern. Auf Art. 33 lit. i IBSG, wonach die Daten auch bei „sonstigen Auskunftspersonen“ beschafft werden, ist ersatzlos zu verzichten.

**Art. 34:**

Die Veröffentlichung von Sanktionsentscheiden, welche zu einem Ausschluss von der Teilnahme an Sportwettkämpfen geführt haben, führt den „Internetpranger“ ein. Eine Veröffentlichung im Internet führt zwangsläufig dazu, dass die Sanktionen einzelner Personen lebenslänglich abrufbar sein werden. Die Einschränkung auf die Dauer des Ausschlusses vermag dem nicht entgegenzusteuern. Hier wird verkannt, dass das Internet „nie vergisst“. Sobald etwas im Internet gespeichert ist, kann dies nicht mehr umfassend gelöscht werden. Es ist völlig illusorisch, eine Gesetzesbestimmung zu erlassen, wonach eine Sanktion nur während deren Dauer im Internet publiziert sein soll. Ein staatlich angeordneter, letztlich dauerhafter „Internetpranger“ verletzt das Persönlichkeitsrecht der betroffenen Person. Von der Veröffentlichung im Internet ist deshalb abzusehen. Es sind, falls erforderlich, andere Wege der Informationsverbreitung, wie beispielsweise die direkte Information der betroffenen Sportverbände, zu wählen.

4/4

Mit freundlichen Grüßen

Der Präsident des Regierungsrates



Der Staatsschreiber

